

Antrag Nr. 16-O-02-0014

DIE LINKE

Betreff:

Washingtoner Konsens

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu berichten: Werden die ökonomischen, politischen und inhaltlichen Vorgaben der Weltbank (siehe Begründung) in der Wiesbadener Politik umgesetzt und welche Auswirkungen haben sie für die Bewohner des Ortsbezirkes Westend/Bleichstraße?

Begründung:

"Naturgesetze" (Aus Jean Ziegler, Ändere die Welt, Seite 76/77)

Die Entstehung des Washingtoner Konsens von 1989, formalisierte der Chefökonom und Vizepräsident der Weltbank, John Williamson, mit dem Ziel die Privatisierung der Welt mit der Umsetzung folgender Prinzipien:

1. In jedem Land muss es eine Steuerreform nach den folgenden beiden Gesichtspunkten geben:
 - Senkung der Steuerlast für die höchsten Einkommen, damit die Reichen produktive Investitionen tätigen;
 - Ausweitung der Zahl der Steuerpflichtigen, das heißt Abschaffung von steuerlichen Vergünstigungen für die Ärmsten, um das Volumen der Steuereinnahmen zu vergrößern.
2. Aufhebung aller Einschränkungen für die Finanzmärkte.
3. Garantierte Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Investoren, um die Sicherheit der ausländischen Investitionen und damit ihr Volumen zu erhöhen.
4. Möglichst weitgehende Zerschlagung des öffentlichen Sektors; alle Unternehmen im Besitz des Staates oder quasi staatlicher Körperschaften sollen privatisiert werden, wie etwa Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wasser- und Energieversorgung und so weiter. Damit werden sie den Gesetzen des Profits unterworfen.
5. Maximale Deregulierung der Volkswirtschaft, um das freie Spiel der Konkurrenz zwischen den verschiedenen ökonomischen Kräften zu gewährleisten.
6. Verstärkter Schutz des Privateigentums.
7. Rasche Liberalisierung des Handels mit dem Ziel, die Zölle immer weiter zu senken und schließlich ganz abzuschaffen.
8. Da der Freihandel durch Exporte vorangetrieben wird, muss man in erster Linie die Entwicklung jener Wirtschaftsbereiche fördern, deren Produktion in den Export geht.
9. Abbau der staatlichen Haushaltsdefizite bis auf null.
10. Staatliche Subventionen für private Akteure müssen überall gestrichen werden.

Ein Beispiel:

Die Staaten der Dritten Welt, die die Preise von Grundnahrungsmitteln subventionieren, um sie niedrig zu halten, müssen diese Politik aufgeben.

Bei den Staatsausgaben müssen solche Priorität haben, die in den Ausbau der Infrastruktur fließen und für die multinationalen Konzerne nützlich sind.

Weiterhin sagt Jean Ziegler:

Antrag Nr. 16-O-02-0014
DIE LINKE

Die Privatisierung des Staates zerstört die Freiheit des Menschen. Sie löscht die Staatsbürgerschaft aus.

Wiesbaden, 18.02.2016